

Die Antwort auf Rom

Zum Memorandum der Warschauer Paktstaaten

sp - Unerwartet schnell haben die Außenminister der Warschauer Paktstaaten auf das Angebot der NATO reagiert, in Verhandlungen über einen beiderseitigen und ausgewogenen Truppenabbau in Europa einzutreten. Das erste Angebot dieser Art war vor zwei Jahren auf der NATO-Tagung in Reykjavik erfolgt, blieb aber auf der östlichen Seite ohne Resonanz. Die NATO-Staaten ließen sich dadurch nicht beirren.

Auf ihrer Maitagung in Rom hatten sie den Gedanken wieder aufgenommen und den italienischen Außenminister beauftragt, in dieser Richtung Sondierungen mit den Warschauer Paktstaaten aufzunehmen. Diesmal mit Erfolg, obgleich nicht zu überschätzen ist, daß das Kommuniqué von Budapest nur von einem Abbau ausländischer Truppen in Europa spricht, ein Standpunkt, der, sollten es die Sowjetunion und ihre Verbündeten mit der Truppenverminderung und der Beschränkung militärischer Rüstungen ernst meinen, auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten ist. Wirkliche Entspannung in Europa muß den gleichzeitigen und gleichwertigen Abbau der Truppenstärke und die Beschränkung der Rüstungen aller Länder, die der NATO und dem Warschauer Pakt angehören, einbeziehen.

Immerhin, die Bereitschaft zum Gespräch ist da. Europa steht wahrscheinlich vor einer Serie von Konferenzen. Ausdrücklich hat das Budapester-Kommuniqué die Mitwirkung der Vereinigten Staaten und Kanadas hervorgehoben, gleichzeitig hat es auch die Bildung eines besonderen Organs vorgeschlagen, das sich ausschließlich mit Fragen der europäischen Sicherheit und europäischer Zusammenarbeit befassen soll. Das sind neue Töne.

Dieser Schritt in der richtigen Richtung, wie sich ein Bonner Regierungssprecher ausdrückte, eröffnet für die Zukunft Europas vordringliche Perspektiven. Er leitet den Übergang von der Konfrontation zur Kooperation ein. Gewiß, eine gesicherte europäische Friedensordnung, in der die Völker ohne Furcht vor einander leben und ihre Energien auf die Werke des Friedens konzentrieren, wird nicht von heute auf morgen kommen. Sie kann nur das Produkt langwieriger, mühevoller und zäher Verhandlungen zwischen West und Ost sein.

Das Memorandum der Warschauer Paktstaaten verdient ernsthafte Prüfung durch alle Beteiligten. Es kann zu einem fruchtbaren und für alle heilsamen Dialog führen. An einer konstruktiven Mitwirkung der Bundesregierung wird es nicht fehlen. Ihre ganze Politik untersteht dem Gebot der Friedenssicherung und der friedlichen Zusammenarbeit mit allen Staaten und Völkern Europas. Das gilt auch für ihre Beziehungen zur DDR.

+ + +

Freiheit der Wissenschaft - bedroht?

Seltsames Demokratie-Verständnis von Gegnern der Hochschulreform

Forschung und Lehre sind frei, heißt es in Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes. Geschützt wird diese Freiheit durch den autonomen Status der Hochschulen und durch die Eigenschaft des Hochschullehrers als eines Beamten besonderer Art. Daß diese Freiheit, wie sie von konservativer Seite verstanden wird, bedroht ist, weiß man seit Erscheinen des Marburger Manifestes. Wie sie angeblich besonders in Berlin gefährdet ist, will die kürzlich gegründete "Notgemeinschaft für eine freie Universität" der Öffentlichkeit zum Bewußtsein bringen. Anfang vergangener Woche hat sich nun in Bonn eine weitere Gruppierung gebildet, die sich im Alleinbesitz der Erkenntnis dessen weiß, was sie sich aufs Panier geschrieben hat: "Freiheit der Wissenschaft".

Auf dem Programm dieses Bundes steht eine Reihe von Kämpfen: Gegen die "weitere Leistungsminderung" an den deutschen Universitäten, gegen die bestehenden Hochschulgesetze (vor allem in Hessen und Berlin), gegen sachfremdes, weil manchmal politisches "Palaver" in den akademischen Entscheidungsgremien, kurz: Gegen die "Konsequenzen einer verfehlten Hochschulpolitik". Die versammelten Freiheitskämpfer empfinden es aber keineswegs als Ausdruck elitären Denkens, sondern vielmehr als Aufgeschlossenheit gegenüber der Gesellschaft, wenn sie jetzt, da "die Sache der Wissenschaft auf dem Markt verhandelt" wird, höchstselbst in die Diskussion auf diesem Markt, d.h. in der Öffentlichkeit eingreifen und auf den "tatsächlichen Zustand des Wissenschaftsbetriebs" aufmerksam machen wollen. Die "deutsche" Universität verfällt! Rettet die Freiheit!

Mit Grund kann man über die zweckmäßige Form von Demokratie im Bereich der Wissenschaft verschiedener Meinung sein. Es ist auch nicht zu übersehen, daß es einigen Gruppen längst nicht mehr um die Hochschulreform geht. Bei dieser Aktion aber wird der Eindruck erweckt, als verstoße die gesamte Hochschulgesetzgebung gegen das Grundgesetz, weil sie vor Standestabus nicht halt macht. Ein seltsames Demokratieverständnis dieser "couragierten Professoren", wie sie die Springersche WELT nennt, denen offenbar die ganze Richtung nicht paßt, sofern sie "Politisierung" als den Inbegriff von Wissenschaftsfremdheit betrachten. In Bonn artikulierte sich nicht die Bereitschaft zu konstruktiver Mitarbeit an der Hochschulreform, sondern die persönliche Verärgerung über den neuerlichen Zwang, begründen zu müssen und nicht mehr nur anordnen zu können.

Bezeichnender Weise befanden sich unter den Initiatoren nur Hochschullehrer und Politiker, deren bisheriger Beitrag zur Hochschulreform meist in nicht näher ausgeführten Warnungen und düsteren Prophezeiungen besteht. Bei allem Respekt vor Skepsis im einzelnen: Die sachlich engagierten Kritiker der Hochschulpolitik in der Bundesrepublik haben diesen Zirkel mit Recht ignoriert.

Dr. Josef Benzinger

+ - +

CDU-Methode: Abwerbung

Mit Erfolg praktiziert in Schleswig-Holstein

nn. - Bei den Landtagswahlen im April 1971 in Schleswig-Holstein ist zum erstenmal seit 1950 die Möglichkeit gegeben, daß es im nördlichen Bundesland zu einer Regierungskoalition aus SPD und FDP kommt. Die FDP steht jetzt vor der nicht leichten Frage, den Wählern in den nächsten Wochen zu sagen, ob sie für den Tag nach der Wahl nach wie vor koalitions offen ist oder ob es besser ist, vorher mitzuteilen, man wolle mit der SPD oder mit der CDU koalieren. Auch in Schleswig-Holstein erlitt die FDP im September einen Rückschlag auf 5,2 Prozent, aber schon bei der letzten Kommunalwahl zog sie auf 5,7 Prozent an. Sie wird weiter um ihr Profil und um ihre Darstellung in der Bevölkerung bemüht sein müssen, aber sie darf hoffen.

Die Freien Demokraten in Schleswig-Holstein haben immer große Mühe gehabt, von der CDU nicht absorbiert zu werden. Die Geschichte des CDU-FDP-Koalitionsbündnisses seit 1950 ist im nördlichen Bundesland von permanenten Abwerbungserfolgen der CDU gekennzeichnet. Diese Tatsache, die bei einem Bündnis mit der SPD überhaupt nicht relevant würde, kann von den Freien Demokraten um ihrer Selbsterhaltung willen einfach nicht länger übersehen werden.

Es begann schon im Jahre 1950, als die FDP das Bündnis mit der CDU einging. Sie zog mit acht Mandaten in das Abgeordnetenhaus an der Kieler Förde ein. Als diese Legislaturperiode zuende war, zählte die FDP nur noch vier Volksvertreter. Vier weitere hatten sich den Abwertungsversuchen der CDU nicht widersetzen können, waren zu dieser Partei gegangen. Das war noch zu einer Zeit, als die Christlichdemokraten über alle bürgerlichen Parteien die deutsch-nationale Sammlungsglocke "Deutscher Wahlblock" stülpten. In jenen Jahren sah sich auch der FDP-Wirtschaftsminister Dr. Hermann Andersen nicht mehr in der Lage, unter diesem deutschen Wahlblock zu dienen.

In der folgenden Legislaturperiode, als der jetzige Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel in Kiel als Regierungschef amtierte, war es der FDP mit ihren fünf Mandaten oft kaum möglich, gegen die allmächtige Generallinie der CDU aufzutreten. Der damalige Justizminister Dr. Bernhard Leverenz verließ einige Monate vor Schluß der Legislaturperiode protestierend die Koalition.

In der jetzt zuende gehenden Legislaturperiode setzte die CDU erneut erfolgreich zur Abwerbung an. Die FDP-Abgeordneten Hans-Detlef Stäcker und Hans Carstens wurden in die CDU-Landtagsfraktion aufgenommen, so daß nur noch zwei FDP-Abgeordnete in der CDU-Koalition existieren. Ein einmaliger Erfolg in der Geschichte der Abwertungen blieb dem jetzt schon aufs Altenteil gesetzten Ministerpräsidenten Dr. Helmut Lemke (CDU) vorbehalten. Er entließ den Sozialminister und FDP-Landesvorsitzenden Otto Eisenmann, als dieser lauthals gegen die Gebietsreform der CDU aufmuckte, aus seinem Kabinett. Aber nur wenige Monate später nahm die CDU im Kreis Steinburg den von der CDU entlassenen FDP-Politiker in ihren Reihen auf.

+ + +

Gesellschaftlicher Strukturwandel

In zehn Jahren 25 Prozent mehr Angestellte

pay - In Nordrhein-Westfalen ist heute jeder dritte Erwerbstätige, Angestellter oder Beamter, bei den Frauen sogar fast jede zweite. Das geht aus einer Statistik hervor, die jetzt für den Zeitraum von April 1959 bis April 1969 abgeschlossen wurde.

Danach veränderte sich die Zahl der Arbeitskräfte in NRW nur unwesentlich von 7,0 Millionen im Jahr 1959 auf 6,9 Mill. 1969. Der Rückgang um 2 v.H. beschränkte sich im wesentlichen auf Frauen.

Unterschiedlich und aufschlußreich für das ganze Bundesgebiet verlief die Entwicklung der einzelnen sozialen Gruppen. Die Zahl der Arbeiter ging in Nordrhein-Westfalen in den letzten zehn Jahren um fast 9 v.H. auf 3,5 Millionen zurück, während die Angestellten und Beamten einen Zuwachs um 25 v.H. auf insgesamt 2,5 Millionen verzeichneten. Dieser allgemeingültige Trend blieb auch bei den selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen nicht ohne nachhaltige Wirkung. Diese Gruppe verminderte sich um 22 v.H. auf 0,9 Millionen, wobei die Zahl der mithelfenden Kräfte am stärksten abnahm.

Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang, woraus die über 17 Millionen Menschen zählende NRW-Bevölkerung ihren Lebensunterhalt bezieht. Nach dem Stichtag April 1969 lebten 6,4 Millionen NRW-Bürger von Erwerbseinkünften. 2,5 Millionen (15 Prozent) bezogen Renten und ähnliche Einkünfte. Von ihren Angehörigen wurden 7,9 Millionen NRW-Bürger (= 47 Prozent) unterhalten. Weniger als zwei von 1.000 Bürgern lebten von Arbeitslosengeld.

Der verhältnismäßig große Anteil derjenigen, die vom Einkommen ihres "Ernährers" oder eines Familienmitglieds lebten, entsprach dem natürlichen Bevölkerungsaufbau. Im einzelnen gehörten zu dieser Gruppe 3,7 Millionen Kinder unter 15 Jahren und 3,3 Millionen Mädchen und Frauen über 15. Jahren. Immerhin waren 900.000 Menschen auf die Hälfte ihrer Angehörigen angewiesen.

Die aktuelle SPD-Pressedienst-Reportage

Neubau der deutschen Schule in Brüssel eingeweiht

Initiative ging von SPD-Politikern aus

Die deutsche Kulturarbeit im Ausland bildet einen wichtigen Teil der deutschen Außenpolitik. Sie steht nach einem Wort von Bundeskanzler Willy Brandt gleichwertig neben der auswärtigen Politik im engeren Sinne des Wortes und der Außenwirtschaftspolitik. Mit diesem Zitat leitete der deutsche Botschafter in Brüssel, Freiherr von Ungern-Sternberg, eine Festschrift ein, die zur Einweihung der neuen deutschen Schule in der belgischen Hauptstadt herausgegeben wurde. Am 25 Juni begingen Lehrer, Eltern und Schüler zusammen mit den belgischen Mitgliedern des deutschen Schulvereins diesen feierlichen und für die deutschen Kinder in Belgien entscheidenden Tag.

Helle, weite und großzügig angelegte Schulräume, eine Turnhalle nach modernsten Begriffen der Sportpädagogik und ein Lehrschwimmbecken stehen den über 500 Schülern der deutschen Schule Brüssel zur Verfügung. Schon jetzt mußte ein zusätzliches Grundstück gekauft werden, denn die Erweiterung der EWG, der Zuzug von NATO-Beamten und die in Brüssel ansässigen internationalen Organisationen sorgen dafür, daß stets mehr und mehr deutsche Kinder in dem neuen Baukastengebäude eingeschult werden müssen. Man wird bei einem Stand von 12.000 Deutschen, die in Brüssel z.Zt. wohnen, mit noch etwa 1.000 Kindern zu rechnen haben. In Zukunft wird die Zahl der Deutschen in der belgischen Hauptstadt 15.000 betragen.

Diese neue deutsche Schule ist eng mit der Initiative zweier sozialdemokratischer Politiker verbunden. Im Februar 1968 waren die deutschen Eltern in Brüssel bereit zum Schulstreik. Die alte deutsche Schule, untergebracht in alten Villen mit baufälligen Treppen und katastrophalen sanitären Anlagen, untergebracht in Feldhäusern der Bundeswehreinheiten bei der NATO, war gezwungen, den Unterricht zu vermindern oder gar einzustellen, wenn nicht unverzüglich mit dem bereits geplanten Neubau begonnen würde. An diesem trüben Februar-Tag flog der damalige Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestages, Schmidt-Vockenhausen, nach Brüssel. Sein Ziel war nicht die deutsche Schule, aber er und seine Ausschußmitglieder lasen die Zeitungen mit den alarmierenden Schlagzeilen. Schmidt-Vockenhausen ergriff die Initiative. Der "Fahrplan" des Ausschusses wurde geändert und Schmidt-Vockenhausen besuchte die deutsche Schule. Die Folge dieser Aktion war ein Brand-Brief an den damaligen Außenminister Willy Brandt, der sofort handelte. Brandt sicherte der deutschen Schule seine Unterstützung zu und leitete dem Haushaltsausschuß des Bundestages eine Sondervorlage zu. Im Vorgriff auf die im Haushalt 1969 vorgesehenen Mittel sollten noch im Laufe des Jahres 1968 die Bauarbeiten aufgenommen werden. Willy Brandt schloß mit der Zusicherung, daß zumindest ein Teil des Neubaus bis Ende 1969 bezugsfertig sein werde. "Der letzte Satz bewahrheitete sich", so schreibt der Direktor der deutschen Schule in seiner Festschrift, "im September 1969 konnte die Grundschule ihre Unterrichtsarbeit aufnehmen".

Bei der deutschen Kolonie in Brüssel herrscht Befriedigung darüber, daß der ehemalige Außenminister und jetzige Bundeskanzler Brandt Wort gehalten hat. Selbstverständlich möchten Schüler und Eltern die Förderer ihres Schulbaus auch einmal in der neuen Schule willkommen heißen.

Dieter Strupp